

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

24./25. April 2013

LANDRÄT_INNEN

„Direkt“ bleibt die richtige Wahl!



Nach der Landratswahl in diesem Monat in Teltow-Fäming wurden Stimmen laut, die Direktwahl der Landräte wieder ab zu schaffen: DIE LINKE sagt klar und deutlich: Wir sehen keine Veranlassung, über eine Abschaffung der direkten Einflussnahme der Bürger auf die Besetzung dieses wichtigen öffentlichen Amtes nachzudenken.

Ein Diskussionspunkt dabei war das Quorum. Gesetzlich geregelt ist, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen mindestens 15 % der Wahlberechtigten auf sich vereinigen muss. Bei der Wahl in Teltow-Fläming lag die Kandidatin der LINKEN, Konni Wehlan (Foto oben) mit 67 Prozent der abgegebenen Stimmen eindeutig vorn. Über 20 000 Menschen haben für sie gestimmt. Sie alle sind

enttäuscht worden, weil leider etwa 540 Stimmen fehlten, um das Quorum zu erreichen. Wir dürfen diese Bürger_innen nicht vor den Kopf stoßen und wahlverdrossen machen.

Die Direktwahl der Landräte war in den vergangenen zwanzig Jahren ein heftig umstrittenes Thema. DIE LINKE hatte dazu als Oppositionsfraktion z.B. 2005 einen Antrag gestellt, mit dem wir diese Direktwahl durchsetzen wollten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Aber mit der Novellierung der Kommunalverfassung 2008 gab es eine solche gesetzliche Festlegung, die von den Linken schon lange vorher gefordert und von der SPD wegen ihres damaligen Koalitionspartners CDU eher widerwillig mitgetragen worden ist.

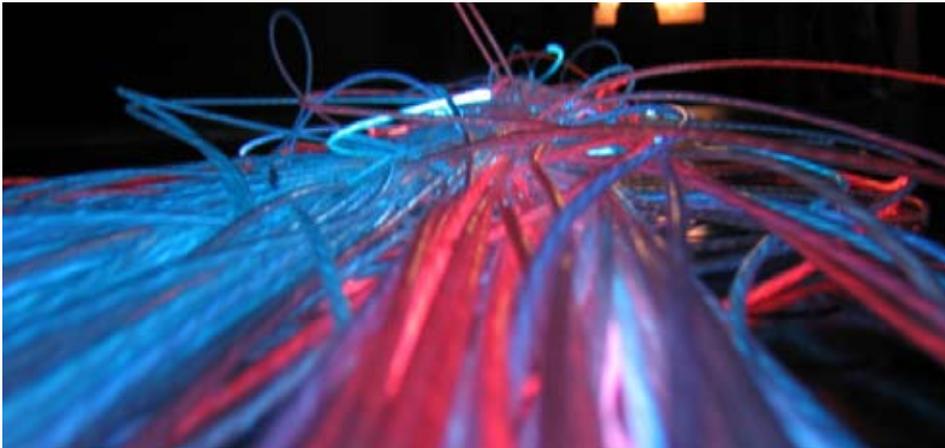
Für uns war die Einführung der Landratsdirektwahl eine logische Folge der schon 1993 erfolgten Umstellung der bis dahin indirekten Wahl der Bürgermeister auf eine direkte Wahl.

Die Direktwahl der Landräte trägt aus unserer Sicht dazu bei, die kommunale Einbindung der Landkreise zu stärken. Die Kreise sollten allerdings nicht zu groß sein. Das Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass mit den dortigen Großkreisen eigentlich verkappte Regierungspräsidien entstanden sind. Unter diesen Voraussetzungen macht die Direktwahl der Landräte tatsächlich wenig Sinn. Klar ist: Wir müssen uns gemeinsam vor allem Gedanken darüber machen, wie wir die Bürger_innen stärker für eine Wahrnehmung ihres Wahlrechts motivieren können. Wir müssen der Frage nachgehen, warum so viele Brandenburger_innen auf ihr wichtigstes politisches Recht verzichten. Die einen wohl, weil sie damit protestieren wollen – andere, weil es ihnen schlicht gleichgültig ist. Es gilt, sich stärker und tiefergehend mit den Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung auseinanderzusetzen. Insofern gehört dazu auch die Frage, ob ein Quorum von 15 Prozent als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wahl auf Dauer sinnvoll ist, oder nicht besser gesenkt oder abgeschafft werden sollte.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Sprecher für Innenpolitik



Breitband-Internet im ganzen Land: Der Ausbau geht voran



Breitbandnetze sind eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Kommunikation bzw. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bislang hat der Markt nicht dafür gesorgt, dass Gebiete mit geringer Einwohner_innendichte an das schnelle Internet angeschlossen wurden. Deshalb hat Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) auf Basis des Entwicklungskonzepts „Brandenburg – Glasfaser 2020“ mit der Förderung des Aufbaus einer

glasfaserbasierten Breitband-Infrastruktur begonnen. Ziel ist es, diese flächendeckend und zukunftssicher mit bis zu 50 Mbits/s für möglichst alle Haushalte sicherzustellen. Darüber hinaus sollen so alle in Gewerbegebieten ansässigen Unternehmen direkt glasfaserbasiert angeschlossen werden. In der Planungsregion Prignitz-Oberhavel startete bereits Anfang Februar die europaweite Ausschreibung. Bis 2015 soll auch in den Planungsregionen Uckermark-Barnim sowie

Oderland-Spree eine glasfaserbasierte Breitband-Infrastruktur errichtet werden. Insgesamt werden dafür landesseitig rd. 55 Mio. Euro sog. EFRE-Strukturfondsmittel zur Verfügung gestellt. Die Kommunen müssen sich weder an einer Förderung beteiligen noch entsprechende Anträge stellen. Die Breitbandverantwortlichen in den Kreisen werden umfassend informiert und können in der Region Auskunft geben. Für die nächste EU-Förderperiode 2014-2020 sind 50 Mio. Euro, diesmal sog. ELER-Mittel, für die Planungsregionen Havelland-Fläming und Lausitz-Spree-wald beantragt. Darüber hinaus wird eine Ausdehnung des ELER-Fördergebietes auf das gesamte Land diskutiert. Das Konzept „Brandenburg – Glasfaser 2020“ ist ein Beitrag zur Umsetzung des Verfassungsanspruchs, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen.

Kerstin Meier
Sprecherin für
Medienpolitik
und Kreativwirtschaft



Kinder haben Rechte

Die UN-Konvention über die Rechte der Kinder eröffnet jungen Menschen die Möglichkeit zur Beteiligung bei „allen das Kind berührenden Angelegenheiten“. Einige Kommunen im Land Brandenburg haben sich auf den Weg gemacht und lassen die Meinungen und Erfahrungen der jüngsten Einwohner_innen in ihre Entscheidungen einfließen. Senftenberg hat Anfang des Jahres als erste Brandenburgische Kommune gemeinsam mit UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk die Vereinbarung zur „kinderfreundliche Kommune“ unterzeichnet. Wir bieten interessierten Initiativen, Vereinen und Verbänden an, mit uns über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben im Bereich der Beteiligung von Kindern ins Gespräch zu kommen.

Terminvereinbarungen und Absprachen unter landtag@torstenkrause.eu oder 0331-9661557.

Mehr Gerechtigkeit - gerade im Arbeitsleben!



Eine neue Ordnung der Arbeit: Das brauchen Brandenburg und ganz Deutschland - für sichere, gesunde, fair entlohnte, familienfreundliche Arbeit! Daher unterstützt DIE LINKE die Landesregierung bei ihrer Bundesratsinitiative für „Gute Arbeit“. Während CDU- und FDP-Fraktion unbelehrbar den neoliberalen Kurs von Schwarz-Gelb im Bund schönreden, auf die massive Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, Hartz IV, die Deregulierung von Arbeit und Mini-Jobs schönreden, pochen wir mit unserem Antrag auf langjährige LINKE Forderungen: Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit - für Frauen, Männer, Leih- und Stamarbeiter_innen, Begrenzung von Leiharbeit, Stärkung der Arbeitnehmer_innenschutz- und Mitspracherechte sowie Ausschluss von Lohndumping und Ausbeutung durch

befristete Mini-Jobs, unfreiwillige Teilzeitarbeit und Praktika. DIE LINKE wird über die Forderungen des heutigen Antrags hinaus jedoch beharrlich weiterkämpfen: Für zehn Euro Mindestlohn, Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde, verlängerten Arbeitslosengeldbezug, zumutbarere Kriterien für Arbeitsaufnahme aus Arbeitslosigkeit und Verbesserung des Tarifvertragssystems, u.a. durch erleichterte Regeln zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen! Und am 1. Juni laden wir zur Betriebs- und Personalrätekonferenz ein - zum Thema „Index Gute Arbeit“ und Mitbestimmung.

Dr. Andreas Bernig
Sprecher für
Arbeitsmarktpolitik und
Gewerkschaften



Netz-Tipp

Das Programm der Fraktionskonferenz zum Thema „Gute Arbeit“: Mit dem Smartphone QR-Code einscannen.

Brandenburg in Europa – Europa in Brandenburg



Über gemeinsame Projekte berieten kürzlich Landtagsabgeordnete des EU-Ausschusses mit ihren Kolleg_innen in Sulechów, Polen. In der Grenzregion fördert die EU die Zusammenarbeit zur

wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Kooperiert wird z.B. bei Erneuerbarer Energie, Innovation und Fachkräftesicherung. In der bevorstehenden Europawoche vom 4.-12. Mai („Europäisches Jahr der Bürger_innen“) gestalten mehr als 100 Veranstalter Debatten und Begegnungen. Die EU fördert erfolgreich u.a. soziale, kulturelle und Bildungsprojekte. EU-Mittel können auch wachsender Europaskepsis entgegenwirken. DIE LINKE will langfristig mehr Europa: durch gerechte soziale, öko-

logische, friedliche Politik und mehr Mitbestimmung.

Kerstin Kaiser
Sprecherin für
Europapolitik



Netz-Tipp

Das Programm der Europa-woche in Brandenburg: Mit dem Smartphone QR-Code einscannen.

NACHGEFRAGT

Fortschrittlicher und wirksamer: Das neue Justizvollzugsgesetz

Interview mit **Margitta Mächtigt** · Sprecherin für Rechts- und Justizpolitik

» Was ist das wichtigste am Gesetz ?

Das wirklich Gute, Linke daran ist, dass damit bessere Voraussetzungen geschaffen und die Chancen dafür erhöht werden, dass die Gefangenen durch eine wirkliche Resozialisierung die Fähigkeit erwerben, zukünftig straffrei zu leben. Das ist praktizierter Opferschutz für die Gesellschaft.

» Die CDU spricht vom täterfreundlichsten Gesetz...

Den Vorwurf kann ich nicht nachvollziehen. Der Gesetzentwurf ist nach mehreren Monaten Beratung und Änderungen durch vier Fraktionen mit beschlossen worden. Die CDU steht da allein. Nach meiner Ansicht verbietet es sich hier, Opferinteressen gegen notwendige Änderungen bei der Behandlung der Strafgefangenen, der Täter auszuspielen. Niemand bestreitet, dass diese Leid über andere Menschen gebracht haben. Opferschutz und -betreuung sind wichtige, nicht zu vernachlässigende Aufgaben der Gesellschaft. Es hilft den Opfern aber nicht, wenn die Straftäter_innen auf ewig wegschlossen bleiben und erst kurz vor ihrer Entlassung wieder

an das Leben „draußen“ gewöhnt werden. Deshalb ist es das Hauptanliegen des Gesetzes, die Rückfallquoten zu senken. Das ist potenzieller Opferschutz. Auch die Wiedergutmachung der materiellen und immateriellen Schäden ist im Gesetz geregelt. Dieser Ansatz ist uns wichtig!

» Wie soll das umgesetzt werden?

Die Resozialisierung der Straftäter_innen während des Gefängnisaufenthalts, aber auch die Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach der Haft und der Opferschutz sollen verbessert werden. Dazu ist für jeden einzelnen Strafgefangenen ein besonderes Verfahren vorgesehen, in dem die Gründe für die Straffälligkeit analysiert werden. Das Gesetz sichert einen besseren Übergang aus der Haft in die Gesellschaft. Dafür werden die Besuchsmöglichkeiten ausgebaut und der offene Vollzug gestärkt. Der Opferschutz soll dadurch verbessert werden, dass erstmals die Erhöhung der Empathiefähigkeit der Gefangenen als „Gestaltungsgrundsatz“ festgehalten wird.

» Arbeit soll im Strafvollzug abge-

schaftt werden, was ist da dran?

Nein, Arbeit ist und bleibt ein wichtiger Baustein, um Gefangene zu resozialisieren. Sie soll, wie alle Behandlungsmaßnahmen, gezielt in Form von Arbeitstherapie und -training bei solchen Gefangenen eingesetzt werden, die dies zur Rückfallverhinderung brauchen. Viele sind gar nicht fähig, einer Arbeit nachzugehen. Im Übrigen wollen die allermeisten Gefangenen arbeiten und zwar nicht wegen des Geldes, sondern um der Langeweile zu entgehen und mit anderen Gefangenen zusammen zu kommen. Arbeit ist auch eine soziale Komponente. Neu ist lediglich, dass eine Bestrafung der nicht Arbeitenden nicht mehr möglich ist. Die eigentliche „Sanktion“ besteht vielmehr darin, dass Gefangene, die ihnen zumutbare Arbeiten nicht annehmen, kein Taschengeld erhalten. Inhaftierte werden also so gestellt wie „draußen“. Es bleibt ihnen überlassen, ob sie eine Arbeit aufnehmen. Tun sie dies aber nicht, erhalten sie auch keine finanzielle Unterstützung.



Stichwort: Sicherungsverwahrung

Der Landtag hat auch das Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung verabschiedet. Dies erfüllt den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, für eine verfassungskonforme Neuregelung des Rechts der Sicherungsverwahrung, eine rechtspolitisch wie verfassungsrechtlich durchaus problematische Maßregel, zu sorgen. Wichtigste Punkte sind die Unterbringung getrennt von Strafgefangenen, eine deutliche Intensivierung der Behandlung, die auf den einzelnen Unterbrachten zuzuschneiden ist, um die Gefährlichkeit der Täter zu mindern. Mit diesem Gesetz können Therapie, Resozialisierung und ein effektiver Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden. Die breite Zustimmung des Landtags von vier Fraktionen zu diesem Gesetz zeigt, wie richtig es war, dass die LINKE und ihr Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg die schwierige rechtspolitische Frage einer Neugestaltung der Sicherungsverwahrung frühzeitig zum Thema gemacht haben.

Ohne Antrieb: Wie Schwarz-Gelb bei der Energiepolitik versagt



Ursprünglich wollten Bund und Länder noch vor der Bundestagswahl im September versuchen, bei den rasant steigenden Energiepreisen gegenzusteuern. Darüber hinaus gibt es weiterhin erheblichen Reformbedarf in Bezug auf das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Die schwarz-gelbe Bundesregierung war in den Gesprächen mit den Ländern aber nicht im Stande, eine abgestimmte Verhandlungsposition auf den Tisch zu legen. Deshalb hat der

Bund weitere Gespräche abgesagt. Wir brachten in die Bund-Länder-Arbeitsgruppe folgende Vorschläge ein:

- Die Erarbeitung eines transparenten Gesamtfinanzierungssystems der Energiewende.
- Die Prüfung von strompreismindernden Maßnahmen wie eine befristete Reduzierung der Mehrwertsteuer auf den Strompreis oder eine Senkung der Stromsteuer.
- Die Überprüfung und Abschaffung der bisherigen Industrieprivilegien.
- Über das EEG Anreize für eine Speicherung und Systemintegration von erneuerbaren Energien zu setzen.
- Rückwirkende Eingriffe in die Bestandsregelungen von Erneuerbare-Energien-Anlagen werden aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt.

Leider bleibt am Ende nur festzustellen: Die Strompreisbremse war ein Wahlkampfmanöver. In den Verhandlungen von Bund

und Ländern über die Frage, wie weitere Kostensteigerungen für die Verbraucher vermieden oder zumindest abgemildert werden könnten, lagen durchaus sinnvolle Vorschläge auf dem Tisch - etwa die überzogenen und teilweise völlig unberechtigten Privilegien für die Industrie zu reduzieren. Dass die EEG-Umlage steigt, liegt derzeit weniger am Ausbau der erneuerbaren Energien. Hauptursache ist der gesunkene Strompreis an der Börse, der die Vergleichsgrundlage für die Berechnung bildet. Dieses Problem lässt sich nicht durch Einsparungen bei den erneuerbaren Energien lösen, sondern nur dadurch, dass diese sinkenden Börsenpreise einerseits in die Berechnung einbezogen und andererseits an die Verbraucher weitergegeben werden müssen.

Thomas Domres
Sprecher für
Energiepolitik



Kommunal-Enquete

Ein Auftrag der Enquetekommission ist es, Empfehlungen für eine künftige Verteilung der Aufgaben von Landes- und Kommunalverwaltung zu geben. Dazu ist es notwendig, sich über eine Funktionalreform zu verständigen, das heißt, über eine effiziente und bürgernahe Aufgabenerledigung durch Übertragung von Landesaufgaben auf die kommunale Ebene. Die Kommission hat bereits über Grundsätze entschieden. Jetzt wird es konkret: Im Juni präsentiert sie dazu Ergebnisse. Bis dahin werden alle ausgelösten Gutachten vorliegen, um sich ein umfassendes Bild machen zu können. Erst wenn darüber Klarheit herrscht, kann beurteilt werden, welche Varianten es für eine mögliche Kreisneugliederung geben könnte. Der Abschlussbericht im Herbst soll auch Vorschläge für eine künftige Gemeindestruktur unterbreiten. Die Forderung der LINKEN bleibt: Veränderungen müssen auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgen. Alle Empfehlungen sollen eine Grundlage für Entscheidungen in der kommenden Wahlperiode bilden.

Stefan Ludwig
Sprecher für
Kommunalpolitik



Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- ◀ **Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE** zum Thema: Gute Arbeit in Brandenburg und in Deutschland
Drucksache 5/7139 · durchgeführt
- ◀ **Entschließungsantrag** zur Aktuelle Stunde (s.o.) zum Thema: Brandenburg braucht „Gute Arbeit“
Drucksache 5/7200 · angenommen
- ◀ **Entwurf** zum Zweiten Gesetz zur Änderung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Brandenburg - 2. Wahlkreisänderungsgesetz - 2.WKÄndG (Miteinbringer_innen: Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Grüne)
Drucksache 5/6992 · verabschiedet

Internet-Tipp: Die Anträge und Debatten im Parlament als Videos:
www.rbb-online.de/imparlament/index.html



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe
FOTOS Titel (Konni Wehlan): DIE LINKE/Liebe, Lichtkabelstrang: al capone/photocase.de, Logo „Gute Arbeit“: DIE LINKE LTF BRB/Rosig, Menschengruppe vor Rohren: DIE LINKE LTF BRB/Weidner, Elektrostecker: freeday/photocase.de

AUFLAGE

10 000 Stück
DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (Mdl)

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen

